

Wiedergutmachungsaktion 3,4 Milliarden Dollar für die Indianer

Der Häuptling von Hunkpapa sagt:

“Sie sagen, unsere Mutter, die Erde gehöre Ihnen. Sie zäunen uns, ihre Nachbarn, von unserer Mutter ab. Sie beschmutzen unsere Mutter mit ihren Gebäuden und ihrem Abfall. Sie zwingen unsere Mutter, zur Unzeit zu gebären. Und wenn sie keine Frucht mehr trägt, geben sie ihr Medizin, auf dass sie aufs Neue gebären soll. Was sie tun, ist nicht heilig. Sie sind wie ein Fluss zur Zeit des Hochwassers. Im Frühling tritt er über die Ufer und zerstört alles auf seinem Wege.“

Vereinigte Staaten - Historische Einigung mit Indianern



Ein Sioux-Indianer aus Montana auf der National Mall in der amerikanischen Hauptstadt

09. Dezember 2009

Nach 13 Jahren juristischen Tauziehens entschädigt die amerikanische Regierung ihre Ureinwohner mit insgesamt 3,4 Milliarden Dollar (2,3 Milliarden Euro). Von den Zahlungen sind rund 300.000 Indianer betroffen, die in der Vergangenheit von diversen Regierungen um die Einnahmen ihrer ehemaligen Stammesgebiete gebracht wurden.

Justizminister Eric Holder sagte, das Abkommen öffne einen Weg zur weiteren Versöhnung. Ausdrücklich sprach er von einem „historischen“ Ereignis. Auch Präsident Barack Obama hatte sich dafür stark gemacht.



Sie hatte geklagt: Schwarzfußindianerin Elouise Cobell

Die Einigung sieht vor, dass die Angehörigen von indianischen Stämmen vor allem in North und South Dakota, Oklahoma und Montana 1,4 Milliarden Dollar als Ersatz für vergangene und künftige Ansprüche erhalten. Weitere zwei Milliarden Dollar will die Regierung zahlen, um Land zu kaufen, das in vergangenen Generationen in immer kleinere Einheiten unterteilt wurde. Außerdem soll für bis zu 60 Millionen Dollar eine Stiftung für die Berufs- oder College- Ausbildung von Indianern eingerichtet werden. Wenn der Vergleich angenommen wird, ist die Zahlung die höchste, die je in einem solchen Fall an Indianer geleistet wird.

„So lange auf Gerechtigkeit gewartet“

In dem Fall ging es um eine 1996 eingereichte Sammelklage, die der Regierung in Washington vorwirft, sie habe die Indianer um Milliarden-Dollar-Zahlungen aus Treuhänderfonds geprellt. Nach indianischer Tradition gehörte das Land in den Stammesgebieten allen gemeinsam. Das 1887 verabschiedete „Dawes-Gesetz“ erlaubte es aber der Regierung, Land zu beschlagnahmen, aufzuteilen und an einzelne Stammesmitglieder zu vergeben. Land mit reichen Rohstoffvorkommen wurde auch an Privatunternehmen vergeben.



Innenminister Salazar und Justizminister Holder bei der Verkündung der historischen Einigung

Präsident Barack Obama sagte, eine Beilegung des Rechtsstreits sei ein wesentlicher Schritt zur Versöhnung. „Ich bin stolz, dass meine Regierung heute diesen Schritt unternommen hat.“

Die Einigung im Verfahren der SchwarzfußIndianerin aus Montana, Elouise Cobell, gegen Innenminister Ken Salazar sieht allerdings kein Schuldeingeständnis der Regierung vor. Eine Entschuldigung wäre nett gewesen, sagte Cobell. Wichtiger aber sei, dass jetzt gehandelt werde.

„Heute ist ein bedeutsamer Tag für das ganze Volk im indianischen Land, das so lange auf Gerechtigkeit gewartet hat.“

Text: FAZ.NET mit dpa/AP

Bildmaterial: AFP, AP